

Wie weiter nach der Bundestagswahl?

Wie bereits befürchtet, hat die Wahl am 24. September zu einer Rechtsverschiebung im Bundestag geführt. Ausdruck dessen ist nicht nur das Ergebnis der AfD, die mit 12,6 Prozent (+7,9 gegenüber vorher) erstmals einzog, sondern auch das der FDP, die vor vier Jahren an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, sich nun aber mit 10,7 Prozent sogar noch vor LINKEN und Grünen platzieren konnte. SPD, LINKE und Grüne blieben in der Summe mit 38,6 Prozent schon rechnerisch weit unter der für eine mögliche Mitte-Links-Regierung notwendigen Stimmzahl. Es ist jedoch fraglich, ob dieser Rechtsruck Ausdruck eines sich verfestigenden längerfristigen Trends ist, oder sich nicht doch zu großen Teilen aus Proteststimmen gegen „die da oben“, nämlich die Politik der schwarz-roten Regierungskoalition der letzten vier Jahre gespeist hat. Denn die bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU mit 32,9 (-8,7) und SPD mit 20,5 Prozent (-5,2) sind beide mit historisch niedrigen Ergebnissen die eindeutigen Wahlverlierer. Für diese Vermutung sprechen nicht nur die Nachwahlbefragungen, sondern auch die mit mehr als zehn Prozent überraschend starken Verluste der CSU in Bayern. Diese Partei, die die Kanzlerin insbesondere in der Flüchtlingsfrage immer wieder von rechts attackierte, konnte daraus nicht nur keinen Stimmengewinn ziehen, sondern ist im Gegenteil für bayrische Verhältnisse regelrecht abgestürzt. Wer mit der Flüchtlingspolitik der Regierung unzufrieden war, hat auch in Bayern das „Original“, nämlich die AfD (+ 8,1 %) gewählt.

Die LINKE hat mit 9,2 Prozent ihre Wahlziele nicht erreicht. Weder ist ihr Gesamtergebnis zweistellig, noch ist sie unter den „kleinen“ Parteien die größte geblieben. Dennoch ist ihr Wahlergebnis positiv zu werten. Ihr Stimmenanteil ist um 0,6 Prozentpunkte leicht gewachsen. Bei einer insgesamt gestiegenen Wahlbeteiligung hat sie absolut mehr als eine halbe Million Wählerinnen und Wähler dazugewonnen. Mit 69 Mandaten hat sie jetzt fünf Sitze mehr als vorher, wozu vor allem Ausgleichsmandate beigetragen haben. Fünf Wahlkreise (vorher vier) wurden direkt gewonnen. Neben den vier Wahlkreisen im Berliner Osten kam noch mit einiger Überraschung ein Leipziger Wahlkreis hinzu. In allen alten Bundesländern hat die LINKE wieder zugelegt, insbesondere in Hamburg, Bremen und dem Saarland. Auch in Bayern und

Baden-Württemberg liegt sie jetzt wieder über fünf Prozent. Auf diesen Ergebnissen kann für die weitere Arbeit aufgebaut werden.

Die Kehrseite: Im Osten fiel ihr Ergebnis um knapp fünf Punkte auf 17,8 Prozent zurück, während die AfD mit 21,9 Prozent nach der CDU (27,9) zweitstärkste Partei wurde. Ähnlich das Ergebnis in Sachsen-Anhalt. Hier kam die LINKE auch auf 17,8 Prozent (-6,1), die AfD auf 19,6 % (+15,4). Die CDU bleibt mit 30,0 Prozent bei starken Verlusten stärkste Partei, SPD (15,2), FDP (7,8) und

der Dinge bleibt demnach nur die sogenannte „Jamaika“-Koalition aus CDU/CSU (schwarz), FDP (gelb) und den Grünen, vier Parteien, deren Führungspersonal sich durchaus offen geäußert hat, deren strategische Ziele und Wahlaussagen jedoch in verschiedenen Politikfeldern relativ weit auseinander liegen. Spannend wird vor allem sein, welche Partei bereit sein wird, welche „Kröten“ zu schlucken und wie man es den eigenen Anhängern und Wählern erklären wird.

Die LINKE wird aus all dem die nötigen Schlussfolgerungen ziehen müssen. Im

Partei	Erststimmen	Prozent	Zweitstimmen	Prozent	Sitze
CDU	14 027 804	30.2	12 445 832	26.8	200
SPD	11 426 613	24.6	9 538 367	20.5	153
AfD	5 316 095	11.5	5 877 094	12.6	94
FDP	3 248 745	7.0	4 997 178	10.7	80
DIE LINKE	3 966 035	8.6	4 296 762	9.2	69
GRÜNE	3 717 436	8.0	4 157 564	8.9	67
CSU	3 255 604	7.0	2 869 744	6.2	46
FREIE WÄHLER	589 116	1.3	463 052	1.0	0
Die PARTEI	245 415	0.5	452 922	1.0	0
Tierschutzpartei	22 887	0.0	373 278	0.8	0
NPD	45 239	0.1	176 715	0.4	0
PIRATEN	93 173	0.2	173 867	0.4	0

Wahl zum 19. Deutschen Bundestag - vorläufiges Ergebnis (Grafik: www.election.de)

Grüne (3,7) ordnen sich hinter der LINKEN ein. Gegenüber vorher fünf wird die LINKE Sachsen-Anhalt mit Petra Sitte, Jan Korte, Birke Bull und Matthias Höhn nur noch vier Abgeordnete im neuen Bundestag haben. Für Eva von Angern im Wahlkreis Magdeburg (mit Altkreis Schönebeck) und Evelyn Edler im Wahlkreis Harz (mit Altkreis Aschersleben) auf den Plätzen fünf und sieben der Landesliste hat es leider nicht erreicht.

Spannend werden die Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung in Berlin werden, nachdem schon am Wahlabend die SPD eine neuerliche Große Koalition mit der Union kategorisch ausschloss. Nach Lage

Kreisvorstand wurde das Wahlergebnis mit gemischten Gefühlen aufgenommen und diskutiert. Der eigene Wahlkampf wurde als gut und intensiv bewertet. Viele Aktive haben sich neben den Wahlkreiskandidaten eingebracht und an Infoständen, mit Materialverteilung und Plakatierung um Stimmen gekämpft. Ihnen wurde ausdrücklich gedankt. Optimistisch stimmt, dass vor und bis drei Tage nach der Wahl bundesweit schon mehr als 1100 Menschen neu in die Partei eingetreten sind.

Lothar Boese, Kreisvorsitzender

Dank an WahlkämpferInnen im Wahlkreis Harz

Evelyn Edler, Direktkandidatin im Wahlkreis Harz

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, ich danke allen Wählern und Wahlkämpfern, die uns und mir am 24. September das Vertrauen aussprachen und mich unermüdlich unterstützt haben. Die Linkspartei errang mit bundesweit 9,2 Prozent der Stimmen ihr bundesweit zweitbestes Ergebnis. Im Wahlkreis „68“ konnte ich, Dank euch mit 19,2% der Erststimmen (27.103) eines der bundesweit besten Ergebnisse für DIE LINKE erreichen und mit 17,7% der Zweitstimmen (25.068) Platz 2 verteidigen und damit AfD und SPD auf die Plätze drei und vier verweisen. Leider gelang es nicht, der CDU das Direktmandat abzunehmen. Auch wenn es mit dem Einzug in den Bundestag nicht geklappt hat, werde ich meine politische Arbeit fortsetzen und weiter für die Ziele der LINKEN kämpfen.



*Evelyn Edler beim Wahlkampf in Aschersleben
(Foto privat)*

Überdurchschnittlich haben wir im Oberharz (22,1%), Wernigerode (21,2%), Aschersleben (20,2%), Halberstadt (20,1%), Blankenburg (19,9%) und Ilsenburg

(19,8%) abgeschnitten. Gegen den Landestrend konnten wir in Wernigerode, Ilsenburg und im Nordharz sogar Erststimmen hinzugewinnen. Angesichts der massiven Materialschlacht der CDU-Amtsinsinhaberinnen und der blau lackierten Rechtsextremen haben wir mit einem bescheidenen Wahlkampfbudget und gänzlich im Ehrenamt wahlkämpfend ein ordentliches Ergebnis eingefahren, auf das wir aufbauen sollten und ersteinmal stolz sein können!!!

Der Wahlkampf hat mich wieder einmal bereichert in vielen Facetten. Und hat mir gezeigt, dass wir nicht müde werden dürfen für unsere politischen Ziele zu kämpfen.

Ich danke euch Allen!!!

Gewonnen, aber kein Grund zum Feiern

MdB Jan Korte, Direktkandidat im Wahlkreis Anhalt

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl hinzugewonnen, das Gesamtergebnis der Wahl ist jedoch kein Grund zu feiern. Es wird noch ein wenig dauern, bis der Bundestag zusammenkommt und eine neue Regierung gebildet wird, aber klar ist schon heute: Wir werden unseren Auftrag als soziale Opposition im Bundestag wahrnehmen. Wir werden klare Kante gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit zeigen. Und wir werden uns weiterhin mit den Mächtigen anlegen, statt deren Sache zu machen und die Ärmsten gegeneinander auszuspielen, wie es die AfD macht.



*Jan Korte beim Wahlkampf in Staßfurt
(Foto privat)*

Die Stimmverluste der LINKEN in Sachsen-Anhalt sind enttäuschend, auch für viele, die mit mir für ein gutes Ergebnis im Wahlkreis Anhalt gekämpft haben. Dass wir das beste Erststimmenergebnis der LINKEN in Sachsen-Anhalt erkämpfen konnten und damit noch gut drei Prozent über dem Landesergebnis liegen, zeigt aber auch, dass Euer Einsatz nicht umsonst war. Danke dafür! Jetzt gilt es, weiter zu machen, als LINKE noch präsenter zu sein, noch mehr zuzuhören und noch mehr Werbung für eine solidarische Gesellschaft zu machen.

Mein Wahlkampf im Salzlandkreis

Eva von Angern, Direktkandidat im Wahlkreis Magdeburg

Wahlkreis 69 heißt zwar offiziell „Magdeburg“, aber auch Schönebeck, Barby und die Gemeinde Bördeland gehören dazu. Darum führte mich meine Wahlkampftour auch dorthin. Dank der tatkräftigen Unterstützung der Genossinnen und Genossen vor Ort und mit Hilfe meines Wahlkampfteams aus Magdeburg haben wir gemeinsam einige Stände abgesichert und an Veranstaltungen teilgenommen.

Tolle Gespräche mit neugierigen Jugendlichen gab es beim Politischen Speeddating im „PIRANHA“ in Schönebeck zusammen mit dem Kinder- und Jugendbeirat. Ein bunter Blumenstrauß an Fragen,



Eva von Angern beim Wahlkampf in Schönebeck (Foto privat)

wie: „Was halten Sie von der Homoehe? Sind Sie für Rot-Rot-Grün 2017? Was wollen Sie im Bundestag für Kinder und Jugendliche tun?“

Was wollen Sie in der Bildungspolitik ändern? Könnten Sie Spitzenkandidatin statt Sahra Wagenknecht sein?“ machte das politische Interesse von Kindern und Jugendlichen deutlich. Wichtige Stationen in Schönebeck und Umgebung waren die Kranzniederlegung zum Weltfriedenstag und der Kreativmarkt. Im Jugendklub „Rainbow“ diskutierten wir über die Zukunft von Jugendclubs und viele weitere spannende Themen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Zum Schluss ein großes Dankeschön an alle, die unseren Wahlkampf vor Ort unterstützt haben.

100 Jahre Oktoberrevolution in Russland

Friedrich Schütz

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland war eines der herausragendsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts, eines Ereignisses, das auf Überwindung von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg und damit auf die Schaffung einer menschlichen, einer sozialistischen Gesellschaft gerichtet war. In den kommenden Wochen werden in den Medien verschiedene Artikel mit recht unterschiedlicher Betrachtungsweise über diesen Gedenktag erscheinen. Hier soll nur ein kurzer Überblick über die Vorgeschichte, den Verlauf und die Ergebnisse dieser Revolution gegeben werden.

Das zaristische Russland, in dem die Leibeigenschaft erst 1861 unter für die Bauern recht ungünstigen Bedingungen abgeschafft wurde, war unter den europäischen Großmächten das am weitesten zurückgebliebene Land. Trotz einer gewissen Entwicklung der Industrie in einigen Zentren, blieb Russland ein Agrarstaat. Selbst unmittelbar vor Ausbruch des 1. Weltkrieges gehörten noch etwa 80 Prozent der Bevölkerung zur Bauernschaft. Die Arbeiter hatten dagegen nur einen Anteil von 5 Prozent.

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten war Russland kein Nationalstaat, sondern ein Vielvölkerstaat, als dessen führende Nation sich die Russen verstanden. Die im Lande herrschenden Kräfte betrieben eine Russifizierungspolitik, die bei den unterdrückten Völkern nicht nur wegen nationaler, sondern auch wegen religiöser Gegensätze auf Widerstand stieß. Als während des 1. Weltkrieges westliche Landesteile von deutschen Truppen besetzt waren, die Kriegsverluste, sowohl personeller als auch materieller Art, ständig zunahmen und die materielle Lage der Bevölkerung sich immer mehr verschlechterte, entwickelte sich eine revolutionäre Situation, die sich immer weiter verschärfte. Ihre Stärke ergab sich aus dem Vorhandensein und der Entwicklung mehrerer Strömungen, der allgemeinen Bewegung für das Ende des Krieges, einer breiten Bauernbewegung für die Inbesitznahme von Gutsbesitzerland, einer starken Befreiungsbewegung der unterdrückten nichtrussischen Völker und dem Streben der Arbeiterbewegung nach Übernahme der Macht. Politisch getragen wurde das revolutionäre Spektrum von einigen bürgerlichen Kräften über Sozialrevolutionäre und Menschewiki bis zu den Bolschewiki, der Kraft, die sich unter Lenins Führung am konsequentesten für die Revolution einsetzte. Eine ständig wachsende Bedeutung während des revolutionären Prozesses 1917 erlangten die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Erster revolutionärer Höhepunkt des Jah-

res 1917 war die Februarrevolution. Nach politischen Massenstreiks in der Hauptstadt Petrograd zu Beginn des Jahres, begann am 26. Februar (nach dem heutigen Kalender am 11. März), der Übergang der Truppen auf die Seite der Revolution, womit der Zarismus isoliert war. Bereits am nächsten Tag wurde der Zar gestürzt. Russland wurde dadurch eine Republik. Es begann eine nur wenige Monate dauernde Doppelherrschaft zwischen der hauptsächlich von liberalen Kräften getragenen provisorischen Regierung unter dem Fürsten Lwow und seinem Nachfolger Kerenski und den Sowjets. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki) konnte aber aus der Illegalität hervortreten und den Kampf um die Weiterführung der Revolution beginnen. Am 3. (16.) April kehrte Lenin nach Petrograd zurück, und bereits nach einigen Tagen legte er mit den „Aprilthesen“ das



(Bild: Linksjugend)

Programm für die Überleitung der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine sozialistische vor. Unter der Losung „Alle Macht den Sowjets“ kämpften die Bolschewiki für eine friedliche Übernahme der Macht. Nachdem im Juli eine Demonstration von 500 000 Arbeitern und Soldaten niedergeschlagen wurde, endete die Doppelherrschaft, und die SDAPR orientierte auf ihrem VI. Parteitag auf den bewaffneten Aufstand.

Am 24./26. Oktober (6./8. November) siegte der bewaffnete Aufstand in Petrograd. Nach dem Signal des Panzerkreuzers „Aurora“ durch einen Kanonenschuss, begann der Sturm auf das Winterpalais, dem Sitz der Provisorischen Regierung. Mit dessen Einnahme war diese gestürzt, und die Macht lag in den Händen der Sowjets, die sie bis zum Februar 1918 in fast ganz Russland erlangten.

Zur gleichen Zeit tagte in Petrograd der II.

Gesamtrussische Sowjetkongress, der die ersten Gesetze und Beschlüsse der Sowjetmacht annahm:

1. Im Dekret über den Frieden wurde allen kriegführenden Staaten der unverzügliche Abschluss eines allgemeinen und gerechten Friedens ohne Annexionen vorgeschlagen.
2. Im Dekret über den Grund und Boden wurde der Übergang des Gutsbesitzerlandes in die Hände der Bauern verfügt.
3. Das Dekret über die Rechte der Völker Russlands legte deren Gleichstellung fest.
4. Mit dem Beschluss über die Bildung des von Lenin geleiteten Rates der Volkskommissare entstand die erste Sowjetregierung.

Mit dem Sieg der Oktoberrevolution und der damit verbundenen Enteignung der Ausbeuterklassen war zum ersten Mal in der Geschichte die Macht des Kapitalismus in dem flächenmäßig größten Land gebrochen worden. Darin besteht ihre weltgeschichtliche Bedeutung. Es wurde begonnen, ein Gesellschaftssystem zu errichten, das man nach meiner Meinung als „frühsozialistisch“ bezeichnen konnte. Der junge Sowjetstaat war den imperialistischen Mächten von Anfang an ein Dorn im Auge. So begannen sie die Interventionskriege, wobei sie von der Konterrevolution auch militärisch unterstützt wurden. Unter den schwierigsten Bedingungen gelang es der Sowjetmacht aber doch, aus diesem Kampf als Sieger hervorzugehen. Die Oktoberrevolution war eine wichtige Voraussetzung für die Vereinigung mehrerer Sowjetrepubliken im Dezember 1922 zur Union Sozialistischer Sowjetrepubliken (UdSSR), die sich in den nächsten Jahrzehnten neben der USA zur zweiten Weltmacht entwickelte und damit über ein gewaltiges politisches, ökonomisches und militärisches Potential verfügte. Die in diesem Tempo und Umfang nicht erwartete Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft führte zu einer beträchtlichen Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Besonders hervorzuheben ist der heldenhafte Kampf der Sowjetarmee im Bündnis mit den alliierten Streitkräften zur Befreiung der europäischen Völker vom Hitlerfaschismus. Zum anderen aber setzte sich eine Entwicklung durch, die als Stalinismus bezeichnet wird, die Hunderttausende von Menschen das Leben kostete, die durch den Personenkult und weitgehend fehlende Demokratie gekennzeichnet war. Sie war eine der Ursachen für die gewaltige Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Damit war auch die durch die Oktoberrevolution eingeleitete hoffnungsvolle Entwicklung beendet.

#Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

Birke Bull-Bischoff, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Schulsozialarbeit als Regelaufgabe sichern!

Bereits seit 2009 fördert das Land mit Hilfe der Mittel aus dem Europäischen Sozialfond in Sachsen-Anhalt Schulsozialarbeit. Mittlerweile ist es ein Erfolgsmodell für Schüler*innen mit Lernschwierigkeiten und ihre Eltern, für Lehrer und Schulleiter*innen. Diese Arbeit ist aus dem Schulalltag an ca. 370 Schulen nicht mehr wegzudenken. Jenseits des Leistungsgedankens ist es den Sozialpädagog*innen möglich, Schüler*innen durch Vertrauen und Zuversicht zum Lernen zu motivieren, ihnen über schwierige Situationen hinwegzuhelfen. Ihre Arbeit ist jedoch bis zum Schuljahr 2020/2021 befristet. Deshalb ist es wichtig, dass sich das Land bereits jetzt bekennt, die Arbeit fortzusetzen, und zwar flächendeckend. Dieser Antrag der LINKEN wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU in den Bildungsausschuss überwiesen.

Transparenz im Umgang mit Parteispenden – Verbot von Unternehmensspenden

Der Untersuchungsausschuss zur Praxis der Beraterverträge förderte zu Tage, dass insbesondere CDU und SPD von den Auftragsvergaben vor allem selbst profitiert hatten. Nicht zu Unrecht entsteht so der Eindruck, Politik sei käuflich. Höchste Zeit also, daraus Konsequenzen zu ziehen. DIE LINKE forderte deshalb mehr Transparenz im Umgang mit Parteispenden. Der Landtag war aufgefordert,

sich gegen jedwede Spenden an regierungstragende Parteien stellen, die in einem Zusammenhang mit Auftragsvergaben stehen. Die Parteien sollen sich verpflichten, künftig keine Spenden von unmittelbaren oder mittelbaren Auftragnehmern des Landes anzunehmen. Die in der Vergangenheit bei solchen Unternehmen eingeworbenen Spenden sollen vollständig offengelegt werden. Interessanter Weise stieß dieser Antrag vor allem bei der AfD auf heftige Ablehnung. Über die Forderung wird nun in den Ausschüssen weiter beraten.

Öffentliche Sicherheit braucht motivierte Polizeibeamt*innen!

Mit einer Großen Anfrage „Die Polizei in Sachsen-Anhalt – Für die nächsten Jahre ihren Aufgaben gewachsen?“ hat sich die Fraktion einen Überblick über die Situation bei der Polizei im Land verschafft. Die Kurskorrektur der Landesregierung – das Ziel der deutlichen Erhöhung der Neueinstellungen und die Einstellung von 700 Polizeianwärter*innen in diesem Jahr – sind richtige Schritte. Spürbar wirksam werden sie jedoch erst in 3 Jahren. Anhaltspunkte für notwendiges Handeln bietet auch das im Jahr 2016 vorgestellte Attraktivitätsprogramm der GdP. Viele Polizisten in Sachsen-Anhalt würden auch nach dem 60. Lebensjahr freiwillig weiter arbeiten. 2016 wurden insgesamt 79 Anträge auf Bewilligung des Hinausschiebens des Ruhestandes

für Polizeivollzugsbeamt*innen genehmigt. Mit Stichtag 30.09.2016 wurden jegliche Anträge abgelehnt. Hauptursache sind die fehlenden Haushaltsmittel im Personalkostenbudget. DIE LINKE fordert deshalb: Es muss alles versucht werden, mehr Polizist*innen auf freiwilliger Basis für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu gewinnen. Und das muss finanziert werden.

Volksinitiative „Den Mangel beenden! Gebt unseren Kindern Zukunft!“ erfolgreich

Die Volksinitiative kann voraussichtlich in der Oktobersitzung durch den Vorsitzenden des Landeselternrates eingebracht werden kann. Die Prüfung einer Stichprobe hatte ergeben, dass von den etwa 99.000 eingereichten Unterschriften zwischen 71.000 und 77.000 gültig sind. Ein großer Erfolg für alle Beteiligten – natürlich auch für uns! Danke noch einmal an alle, die sich über die ganzen Monate engagiert hatten. Wir sind optimistisch, dass wir den Antrag der Volksinitiative gegen die Angriffe aus der Landesregierung und der CDU verteidigen können. Auf der Homepage füllt sich die Übersicht mit den Berichten aus Schulen und von Lehramtsstudierenden, bei denen sich die Haare sträuben. Wer eigene Beispiele aus der Tätigkeit vor Ort im Wahlkreis kennt, kann sie über den Button „Helft uns“ selbst mitteilen. Der politische Druck muss weiter erhöht werden!

Die Energiewende sozial gestalten - Stromsperren gesetzlich untersagen

Kerstin Eisenreich, Energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Unter diesem Titel hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag am 24. August einen Antrag eingebracht. Hintergrund sind seit Jahren hohe Zahlen von Stromsperren. 2016 waren davon bundesweit 330.000 Haushalte betroffen. Die Hauptursache ist die Zahlungsunfähigkeit insbesondere finanziell schwacher Bürgerinnen und Bürger, vor allem von Beziehern von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung. Stromsperre heißt häufig auch Verlust der Heizung. Kalte Wohnung, kein Licht, kein warmes Essen, keine saubere Wäsche, Telefon, Internet – diese Aufzählung ist längst nicht vollständig. Dabei handelt es sich um banale und alltägliche Dinge, die als selbstverständlich gelten. Doch neben diesen direkten Auswirkungen, sind die Konsequenzen für die Betroffenen viel weitreichender. Wer breitet seine Geldsorgen schon gerne vor anderen aus. Diese soziale Härte führt zum Rückzug aus dem sozialen Umfeld und ist besonders gravierend für die betroffenen Kinder. Steigende Energiepreise sind bei Kinder- und

Familienarmut, aber auch wachsender Altersarmut der Grund für Energiearmut. Wir Linke kritisieren deshalb seit Jahren, dass die Regelsätze für die Energieversorgung für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen weder bedarfsdeckend sind, noch bei Preissteigerungen angepasst werden. Die Versorgung einer Wohnung mit Strom gehört zum anerkannten Existenzminimum und zur Daseinsvorsorge. Darüber haben Sozialgerichte bereits entschieden. Somit sind Stromsperren ein Element der Ausgrenzung von Daseinsvorsorge und beeinträchtigen die Lebensqualität.

Dem wollen wir eine Riegel vorschieben und haben deshalb die Landesregierung aufgefordert, auf Bundesebene aktiv zu werden: Erstens soll sie sich dafür einsetzen, die Regelsätze an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Zweitens sind Stromsperren in sozialen Härtefällen gesetzlich zu unterbinden. Drittens sollten Energiedienstleister verpflichtet werden, mit Sozialbehörden zu kooperieren, wenn sie

feststellen, dass eine Stromsperre aufgrund ausbleibender Zahlungen droht. Dies würde es den Behörden ermöglichen, frühzeitig selbst oder über vorhandene Beratungsstrukturen die Betroffenen zu unterstützen. Letzteres erscheint uns besonders wichtig, weil die Betroffenen in der Regel nicht selbst Hilfe suchen, da sie sich für Ihre Situation schämen. Dies belegen auch steigende Zahlen von Seniorinnen und Senioren, die Anspruch auf Grundsicherung hätten, dafür jedoch aus Scham keinen Antrag stellen. Deren Zahl wird weiter ansteigen. Als vierten Punkt fordern wir eine Datenbasis für Sachsen-Anhalt, wie viele Stromabschaltungen es jährlich gibt. Bisher war dies leider nicht möglich, weil Stromsperren nur von der Bundesnetzagentur für die gesamte Bundesrepublik ohne regionale Aufteilung erfasst werden. Konkrete Zahlen und Entwicklungen sind jedoch für ein ernsthaftes Herangehen an die Lösung des Problems unverschuldeter Stromsperren dringend notwendig.

Weltfriedenstag in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt



Rede beim Weltfriedenstag in Staßfurt (Foto privat)

Die öffentliche Gedenkveranstaltung zum Weltfriedenstag in Staßfurt steht fest im politischen Terminkalender des Ortsverbandes. Der Einladung des Ortsverbandes, verbreitet auch über die Tageszeitungen, folgend, nahmen wiederum zahlreiche Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten zum Anlaß, am Freitagabend dabeizusein. Neben der Gedenktafel für die antifaschistischen Opfer am Eingang zum Benneckschen Hof, nahmen sie Aufstellung.

Mit großer Freude konnte der Ortsvorsitzende den Bundestagsabgeordneten Jan Korte begrüßen. In seiner Rede untermauerte er anschaulich den konsequenten Friedenskurs unserer Partei und der Bundestagsfraktion. Er verurteilte die Rolle Deutschlands als drittgrößter Waffenexporteur und ständiger Unterstützer derjenigen, die mit Waffen-

gewalt ihre Interessen in der Welt durchsetzen wollen. Auch jüngste Signale in der letzten Sitzung des Bundestages in Richtung der USA, die Atomwaffen aus Deutschland abziehen, scheiterten am Widerstand von CDU, SPD und Grünen. Wir nehmen auch nicht weiter still hin, dass vor allem Kinder in diesen kriegerischen Auseinandersetzungen um die Macht, die größten Opfer aufbringen müssen. Bei der Lösung dieser Konflikte und Abmilderung der Spannungen in der Welt ist eine entspannende Zusammenarbeit mit Russland notwendig.

Nach einer Gedenkminute neben dem angebrachten Kranz mit roter Schleife, gaben Jan Korte und Klaus Magenheimer das Signal für den Start von 50 Tauben des Sportvereins Neundorf.

Sommerfest als Wahlkampfhöhepunkt

Jörg Lemmert,
Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg



Begrüßung beim LINKEN Sommerfest (Foto privat)

Schon lange eine tolle Tradition: Beim Sommerfest in Bernburg ist das Wetter gut und der Andrang groß. Auch am 1. September fanden bei der mittlerweile 11. Auflage wieder über 100 Gäste den Weg zur Feier rund um den Eulenspiegelbrunnen vor dem Bürgerbüro. Livemusik mit „two men“ aus Staßfurt, Ausstellungseröffnung mit dem ersten Kunstkreis Sachsen-Anhalt e.V., Spielmöglichkeiten für Kinder, Polit-Quiz und natürlich Speis und Trank - es wurde wieder einiges geboten bei der traditionellen Veranstaltung von MdL Birke Bull-Bischoff, MdB Jan Korte und dem Kreisverband der LINKEN Salzlandkreis. Ein tolles Fest, das natürlich im Zeichen des Wahlkampfes stand und das ohne den Einsatz vieler GenossInnen nicht möglich gewesen wäre. Ein großes Dankeschön dafür!

LINKE-Aktion in Aschersleben zum Weltfriedenstag

Evelyn Edler

Aschersleben. Anlässlich des Antikriegs- und Weltfriedenstag am 1. September, an dem an den Beginn des von Nazi-deutschland verursachten 2. Weltkrieges vor 78 Jahren gedacht wird, lud DIE LINKE an vielen Orten zu Aktionstagen ein. So auch in Aschersleben, wo die Harzer Bundestagskandidatin Evelyn Edler gemeinsam mit Stadtratsfraktionschefin Elke Reinke und weiteren Mitgliedern des Ortsvereins einen bunten Aktionstag mit Infoständen auf dem Holzmarkt veranstaltete.

„Mit unserem Aktionstag unterstreichen wir unsere Forderung nach einem Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr, dem Verbot von deutschen Rüstungsexporten und einem Verbot von Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen,



LINKER Infostand beim Weltfriedenstag in Aschersleben (Foto privat)

bei denen bereits Minderjährige zum Kriegsdienst geworben werden“, erklären Edler und Reinke. Deutschland als einer der weltweit größten Rüstungsexporteur

verdient an Kriegen und trage die Mitverantwortung für die Flucht von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten. Allein im vergangenen Jahr wurden deutsche Waffen im Wert von 7 Milliarden Euro exportiert.

Angesichts der anhaltenden Spannungen zwischen der NATO und Russland spricht sich DIE LINKE für eine neue Entspannungs- und Friedenspolitik aus, die auf Abrüstung, Kooperation und zivile Konfliktlösung setzt. „Wir wollen keine Verdopplung des deutschen Rüstungsetats auf 70 Milliarden Euro. Wir brauchen das Geld dringend für die Sanierung von Kitas und Schulen sowie für die wirksame Bekämpfung von Kinder-, Einkommens- und Altersarmut“, erklärt Edler abschließend.

Nachrichten aus der Kreistagsfraktion

Ralf-Peter Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender; Klaus Magenheimer, Fraktionsassistent

Schülerbeförderung – Biotonne – Pflegekindersituation: Fraktion aktuell zu verschiedensten Themen aktiv

In der letzten Kreistagssitzung machten nun in Folge eines 2. Schuljahres Eltern und insbesondere Egelns Bürgermeister Stöhr auf die immer noch nicht situationsentsprechende Organisation der Schülerbeförderung aus der Region in Richtung Staßfurter Gymnasium aufmerksam. Dies mit klaren Worten, konkreten Vorschlägen und gestützt durch zahlreiche Beiträge in der Regionalpresse. Deutlich wurde, dass die Strategie von Landrat Bauer, die Thematik zu vertuschen, die Redner zu Populisten zu deklarieren und die Schulleitung zu instrumentalisieren nicht funktioniert. In 2017 hat man es eben mit dem mündigen Bürger zu tun! Dies aufgreifend, erklärte Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich in der Einwohnerfragestunde des Kreistages in Richtung Landrat, dass die Fraktion eine schnelle Lösung erwarte und ebenso erwarte, dass der Landrat die Thematik endlich zur Chefsache erkläre! Parallel bot sich die Fraktion den Eltern und Kommunalpolitikern als Gesprächspartner bis hin zu einer Satzungsänderung der Schülerbeförderungssatzung im Salzlandkreis an. Dazu wurde ein erstes gemeinsames Ge-

spräch im Egelner Rathaus geführt. Nun soll Landrat Bauer mit einem konkreten Fragenkatalog zur Schülerbeförderung konfrontiert werden. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung LSA (KJH-PfG-VO) greift auf Antrag der Fraktion rückwirkend ab 01.03.2017

Dem Antrag der Fraktion im letzten Kreistag „Der Kreistag beschließt, die Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung LSA (KJH-PfG-VO) in der Fassung vom 30.03.2017 ab 01.03.2017 rückwirkend anzuwenden. Von der Übergangsregelung gem. § 7 KJH-PfG-VO wird kein Gebrauch gemacht.“ Fand mit den Stimmen von DIE LINKE und SPD eine Mehrheit im Kreistag. Bisher ist nicht bekannt, dass Landrat Bauer gegen den Beschluss, wie angekündigt, Widerspruch einlegt.

Im Ergebnis erhalten nun Pflegeeltern erhöhte Pauschalen für ihr Engagement. Der Fraktion war es wichtig, diesen Part der Hilfen zur Erziehung zu stärken und die gesetzliche Verordnungsoption frühstmöglich in Anwendung zu bringen. Vorab hatten Pflegeeltern die Fraktion dazu kontaktiert.

Biotonnenantrag geht nun in die Beratung von Ausschüssen und Kreistag

Der Antrag der Fraktion (vergleiche Bericht in der letzten Ausgabe der LZ) geht nun in die Beratungsfolge. Ziel ist es, die Bioabfallentsorgung an den konkreten Bedarf anzupassen.

Es wird eine spannende Mülldiskussion erwartet.

LINKE wollen Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Salzlandkreis sichern

Eine Debatte zum Umgang mit der Situation eines zusätzlichen Finanzmittelbedarfes der Wirtschaftsförderung aus dem Eta des Kreises bestimmte analog die letzte Kreistagssitzung sehr emotionale. Bereits hier sprach sich die Fraktion für die Sicherung der Gesellschaft aus, insbesondere, da der neue Geschäftsführer Herr Dr. Naumann die Gesellschaft grundsätzlich reformiere, Fehler der Vergangenheit aufarbeite und eine klare Strategie mit der Gesellschaft verfolge. Die anderen Fraktionen waren da mehrheitlich für ein Vertagen der Thematik, so dass eine neue Debatte dazu ansteht. Diese Zeit nutzt die Fraktion nun für eine Sonderfraktionsitzung, zu der Dr. Naumann eingeladen ist.

Zur Finanzsituation der Stadt Hecklingen

Wolfgang Weißbart, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat und Ortsbürgermeister von Cochstedt

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschloss in seiner Sitzung am 17.08.2017 die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2017. Beschlossen wurde auch die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt für den Zeitraum 2017 - 2022. Beide Vorlagen wurden nach einer intensiven Diskussion auch mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE einstimmig beschlossen. Nachdem im Jahre 2016 kein Haushalt beschlossen werden konnte und sich die Stadt immer in der vorläufigen Haushaltsführung befand, war dies schon ein großer Fortschritt. Jedoch ist auch dieser Haushalt auf Grund der prekären Haushaltsituation insgesamt wieder nicht ausgeglichen. Zwischen Erträgen und Aufwendungen klafft eine Lücke von rd. 1,5 Mio. Euro. Diese Situation war absehbar und deshalb stellt die Stadt bereits im Juni 2016 beim Land einen Antrag auf Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock nach § 17 FAG.

Mit Schreiben des Finanzministeriums vom 31. Juli 2017 erhielt die Stadt Hecklingen einen Bewilligungsbescheid über eine Liquiditätshilfe über 1.890.000,00 Euro zur Überbrückung der Zahlungsschwierigkeiten. Dieser Bewilligungsbescheid war natürlich



Wolfgang Weißbart Foto privat

mit sogenannten Nebenbestimmungen, 9 an der Zahl, versehen, die es in sich hatten. Pikant an der Sache war der Hinweis, dass die Hilfe auch darum gewährt wurde, damit die Stadt ihre Verpflichtungen gegenüber dem Landkreis (Kreisumlage, 2017 = 2.377.062 Euro) erfüllen kann. Das Finanzministerium forderte weiter die Stadt auf, die Finanzhilfe nicht nur bis zum 1. August 2019 vollständig zurückzuzahlen, sondern auch, z.B. land- u. forstwirtschaftliche Flächen (sprichwörtlich das Tafelsilber) im Besitz der Stadt zu verkaufen. Weiterhin sollen die beschlossenen Gebührensatzungen für das Bestattungswesen und die Nutzungs- und Gebührensatzungen für Sportstätten und die Dorfgemeinschaftshäuser auf einen Kostendeckungsgrad

von 100 % überprüft und notfalls angepasst werden. Der Anteil der freiwilligen Leistungen, also der Leistungen auf kulturellem und sportlichem Gebiet, die unseren Bürgern unmittelbar zu gute kommen, sollen weiter reduziert werden. In der Stadt liegt dieser Anteil für alle 4 Ortsteile bei sage und schreibe 0,6 % des Haushaltes. Bis zu 2% wären aber gesetzlich zulässig.

Erfahrungsgemäß löste dieser Bewilligungsbescheid beim Bürgermeister und ausnahmslos bei allen Stadträten keine Begeisterungstürme aus. Fraktionsübergreifend waren wir uns darin einig, eine „gemeinsame Erklärung der Stadträte und des Bürgermeisters der Stadt Hecklingen“ zu verfassen und an den Finanzminister zu schicken. Ein wichtiger Punkt war dabei die Forderung nach einer besseren Finanzausstattung der Städte und Gemeinden im Land.

Die Stadt Hecklingen wird nicht umhin kommen, alle „Nebenbestimmungen“ einer genauen Prüfung zu unterziehen. Eines ist aber jetzt schon klar: Wir können und wollen unseren Bürgern keine weitere Verschlechterung des gemeinschaftlichen Lebens in unseren Ortsteilen zumuten. Dafür setzen wir uns als LINKE-Fraktion ein.

Gemeinsame Hilfe für Kuba nach Hurrikan „Irma“

Arbeitsgemeinschaft Cuba Si

Kuba kann die immensen Schäden durch Hurrikan „Irma“ nicht allein beseitigen. Das Land braucht die Hilfe aller Kubafreund*innen in der Bundesrepublik. Cuba Si unterstützt den Spendenaufruf des Netzwerk Cuba e.V., das ein Spendenkonto eingerichtet hat. Bitte beachtet auch den „Wichtigen Hinweis für die Spender*innen von Cuba Si“ am Ende des Textes!

Hurrikan „Irma“ hat große Gebiete an der Nordküste Kubas zerstört. Windstärken bis zu 250 km/h, starker Regen und meterhohe Wellen haben Wohnungen zerstört, Infrastruktur beschädigt und Ernten vernichtet. Man sieht die Bilder im Internet, liest die Meldungen in der Presse – aber was solch ein Hurrikan tatsächlich für die Menschen in den betroffenen Regionen bedeutet, ist für uns nur schwer vorstellbar. Die Aufräumarbeiten und die Instandsetzung der Versorgungsnetze haben begonnen. Dennoch sind die Schäden immens. Das Netzwerk Cuba e.V., der Dachverband der Kuba-Solidarität in der Bundesrepub-

lik Deutschland, hat zur gemeinsamen Hilfe für das sozialistische Kuba aufgerufen. Für den Wiederaufbau und die schnelle Beseitigung der Hurrikanschäden benötigt Kuba dringend finanzielle Spenden, um Baumaterial, Baugerät, Werkzeug und andere notwendige Dinge zu kaufen.

Das Netzwerk Cuba e.V. ruft die Kubafreund*innen in Deutschland, alle Bürger*innen, die Sozialverbände und Kirchen, sowie die Bundesregierung auf, großzügig für Kuba zu spenden. Die AG Cuba Si unterstützt diesen Aufruf.

Das Netzwerk Cuba e.V. wird diese Spenden an die zuständigen Institutionen für den Katastrophenschutz nach Kuba überweisen.

Spendenkonto:

Netzwerk Cuba e.V., Berlin

IBAN: DE58 1001 0010 0032 3331 00

BIC: PBNKDEFF

Verwendungszweck: „Spende Hurrikan Irma“

Wichtiger Hinweis für die Spender*innen von Cuba Si:

Unsere AG unterstützt den Spendenaufruf des Netzwerk Cuba e.V. Als Arbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE ist es uns laut Parteiengesetz nicht gestattet, direkte Katastrophenhilfe zu leisten. Auf das Spendenkonto von Cuba Si dürfen nur Spenden eingezahlt werden, die mit dem Verwendungszweck „Milch für Kubas Kinder“ sowie „Kuba muss überleben“ gekennzeichnet sind und für unsere Projektarbeit und unsere politische Arbeit bestimmt sind. Als Partei darf DIE LINKE Spenden, die als Hilfe für Naturkatastrophen ausgewiesen sind, nicht annehmen und muss sie zurücküberweisen.



ASG Sprechstunden bis Jahresende stehen fest

Ralf-P. Schmidt, Pressesprecher

Das Aktionsbündnis für Soziale Gerechtigkeit bietet in Staßfurt ein Informations- und Gesprächspunkt für Betroffene in Staßfurt.

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat von 9:30 – 11:30 Uhr hält das ASG dazu in den Räumen der Staßfurter Urania e.V. - Prinzenberg 18 in 39418 Staßfurt Sprechzeiten bereit. Folgende Termine werden in diesem Jahr noch angeboten: 26.09.2017, 10.10.2017, 24.10.2017, 14.11.2017, 28.11.2017, 12.12.2017

Zu den Sprechzeiten bieten Selbstbetroffene und Erfahrene Hilfe an. Natürlich kostenlos!

Dabei wird das Problemspektrum immer komplexer. Darlehn, Schulden, Verar-



mung sind aktuelle Probleme der Betroffenen. Auch Kitabefreiung, GEZ, Folgeanträge, Teilhabepaket sind wichtige Themen der Sprechstunde.

Aktuell befassen sich die ASGler auch mit den Wahlaussagen der Parteien zur Bun-

destagswahl 2017. „Dabei interessiert uns: Welche Parteien wollen Hartz IV und seine Stigmatisierung wieder abschaffen, welche Kandidaten wollen Hartz IV Reformieren und wer plant weiteren Sanktionen gegen Betroffene?“ – formuliert Ralf-P. Schmidt konkret.

Zur Sprechzeit sind uns auch Interessierte willkommen, die die Arbeit des Aktionsbündnisses mit unterstützen wollen. Das Bündnis versteht sich als offenes, parteiunabhängiges Bündnis, in dem jeder demokratisch Handelnde mitwirken kann. Schmidt dazu: „Für uns steht weiterhin fest: Hartz IV ist unsozial! - Hartz IV muss weg!“

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Oktober
recht herzlich**

Zum 97. Geburtstag
Fritz Liebefinke

Zum 94. Geburtstag
Wilhelm Kretzmann

Zum 89. Geburtstag
Christine Dockhorn

Zum 88. Geburtstag
Doris Trübe

Zum 87. Geburtstag
Ingeborg Zierold

Zum 86. Geburtstag
Erika Rau
Helga Walter

Zum 85. Geburtstag
Charlotte Freist
Rosemarie Hartung
Werner Torsch

Zum 83. Geburtstag
Anneliese Grage
Ingeborg Müller
Sieglinde Vaucey
Klaus Engelmann

Zum 81. Geburtstag
Ingrid Beau

Zum 80. Geburtstag
Helga Barcinski
Otto Döring
Edith Scheutzow

Zum 75. Geburtstag
Siegrid Buchmann

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Oktober Geburtstag haben**



**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im
Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste
Sitzung am **13.11.2017 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro durch.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
18.10.2017 um 18 Uhr im Fraktions-
büro in Staßfurt.

Einladung zur Kreisversammlung

Die 15. Kreisversammlung findet am
**21. Oktober ab 10 Uhr im Kultur-
haus Könnern** statt. Auf der Tagesord-
nung steht u.a. die Wahl eines neuen
Kreisvorstandes. Die Einladung gibt es
auf www.dielinke-salzlandkreis.de

Ortsversammlung in Bernburg

Alle Mitglieder und SympathisantInnen
sind am **16.11.17 um 18 Uhr in die
Begegnungsstätte der Volkssolida-
rität** eingeladen. Wir werden u.a. die
Bundestagswahl und den Wahlkampf
auswerten.

Nachruf

In stillem Gedenken
Heinz Strange

OV Staßfurt
Kreisvorstand



Nachruf

In stiller Anteilnahme
Karl-Heinz Montag

OV Saale-Wipper
Kreisvorstand



Wir sagen

Danke!

DIE LINKE.

Wir danken allen unseren Wählerinnen
und Wählern, Wahlkämpferinnen und
Wahlkämpfern, Unterstützerinnen und
Unterstützern. www.die-linke.de

**LINKER Stammtisch im Bernburger
Wahlkreisbüro**

Am **25.10.17** werden wir **ab 18 Uhr** zu-
sammen mit **Landesgeschäftsführerin
Henriette Krebs** über Konsequenzen
aus der Bundestagswahl diskutieren.
Alle InteressentInnen sind herzlich
willkommen.

**Neue Sprechzeiten im Staßfurter
Fraktionsbüro**

MO: 9:00 - 11:00 / 14:00 - 17:00
DI: 9:00 - 11:00 / 14:00 - 17:00
DO: 9:00 - 11:00 / 13:00 - 16:00
FR: 9:00 - 11:00

Die Fraktion ist auch wie folgt zu
erreichen: Tel. / Fax: 03925 - 322 381,
E-Mail: ktf@dielinke-salzlandkreis.de

„Kaffee mit LINKS“

Am **08.11.2017 ab 16 Uhr** gibt es die
nächste Gelegenheit im Bernburger
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins
Gespräch zu kommen.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert
werden.

**Einsendeschluss für die nächste DLZ
ist der 26. Oktober 2017.**

**Redaktionsschluss für diese Ausga-
be war der 28. September 2017.**